

ES GILT DAS GESPROCHENE WORT

Sehr geehrter Herr Staatssekretär Machnig,
liebe Frau Dr. Zapreva,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich freue mich außerordentlich, Sie heute zu unserem
1. Forum Energiewende, dem Nachfolger unserer Erzeugungskonferenz begrüßen zu dürfen und danke Ihnen an dieser Stelle für Ihr Interesse und Ihr Kommen.

Warum ein neues Format? Nun, wir sind der Meinung, dass der Titel „Erzeugungskonferenz“ nicht mehr zeitgemäß ist.

Zum einen, weil er das breite Aufgabenspektrum, das Sie – unsere Mitgliedsunternehmen – bearbeiten, nicht mehr abdeckt. Wir sprechen in den nächsten beiden Tagen über Strom und Wärme aus Kraft-Wärme-Kopplung und erneuerbaren Energien, über virtuelle Kraftwerke, Sektorkopplung, Speichertechnologien und Elektromobilität, um ein paar Themen zu nennen. Das Programm dieser Veranstaltung

spiegelt die Vielfalt der Themen kommunaler Energieerzeugung und ihre Verflechtungen mit anderen Bereichen wider. Dabei will ich ausdrücklich sagen, dass wir uns nicht ausschließlich auf den Erzeugungsbereich fokussieren können – die Energiewende ist ein Puzzle, ein Bild, das sich aus vielen Teilen zusammensetzt. Für das gesamte Bild braucht es auch den Blick auf die Verteilnetze, Energieeffizienz und einiges mehr, das ich gleich noch ansprechen werde.

Zum anderen wollen wir auch keine Konferenz mehr sein. Konferenz steht für Zusammenkunft von Personen, die in einem speziellen Themenbereich arbeiten. „Forum“ hingegen ist laut hochoffizieller Wikipedia-Definition „ein realer oder virtueller Ort, an dem Meinungen ausgetauscht werden können, Fragen gestellt und beantwortet werden können.“

Der Titel „VKU-Forum Energiewende“ ist damit auch eine Aufforderung an Sie: Tauschen Sie sich aus! Stellen Sie Fragen an unsere Referenten, an uns und an Ihren Sitznachbarn!

Das Thema des ersten Blockes steht unter der Überschrift *Navigieren im Nebel – wie geht es weiter mit der Energiewende?* Dieses Bild ist sehr passend: Die Energiepolitik kreuzt in unbekanntem Gewässern.

Warum? Die Politik hatte vor vielen Jahren schon ein energiepolitisches Zieldreieck definiert - Versorgungssicherheit, Umweltverträglichkeit und Bezahlbarkeit. Um den Klimaschutz haben wir uns intensiv gekümmert. Bezahlbarkeit und Versorgungssicherheit sind politisch in den Hintergrund gerückt.

Der energiepolitische Fokus lag bisher zu stark auf dem Thema Strom und auch Erzeugung. Die Themen Verteilnetze für Strom, Erdgas und Fernwärme, Wärme in Gebäuden und Quartieren, Energieeffizienz und Speicher waren und sind unterbelichtet. Im Übrigen auch der Verkehr, zu dem wir heute von der Agora Energiewende noch Einiges hören werden.

In den eben genannten Feldern stecken große Potenziale für die Treibhausgasneutralität und die Energiewende.

Wo stehen wir in Sachen Energiewende?

Der Ausbau der erneuerbaren Energien ist mit Riesenschritten vorangekommen. Das ist erfreulich und unsere Unternehmen sind daran beteiligt.

Aber was hilft es, wenn die Bundesregierung alles auf Strom setzt? Der regenerative Strom wird zu häufig weggeworfen, das kommt den Verbraucher teuer zu stehen. Die Kosten laufen uns davon. In Zeiten von wenig Wind und Sonne, Stichwort „Dunkelflaute“, haben wir zu wenig Strom und auch zu wenig Ausgleichsmöglichkeiten. Dabei benötigen wir zukünftig alles an Flexibilitäten, was wir nur auftreiben können: intelligente Speicherung und Ausspeicherung, Heat-to-Power, und Power-to-Heat, Gas-to-Power, und Power-to-Gas, usw. All diese Flexibilitäten, oder nennen wir sie Puffer, oder auch Ausgleichsmengen, müssen im Energiesystem der Zukunft aktiviert werden.

Dafür braucht es einen zentralen Baustein: Die Finanzierung flexibler, gesicherter Leistung und bessere wirtschaftliche Bedingungen für Energiespeicher.

Konventionelle Kraftwerke, allen voran die KWK, leisten ihre Beiträge zur Netzstabilisierung, ohne jedoch eine Vergütung zu erhalten. Im Strommarkt der Zukunft müssen diese Systemdienstleistungen einen Wert erhalten.

Die Lage ist ernst. Das sehen wir an unseren Zahlen zum kommunalen Kraftwerkspark sehr deutlich. Die Investitionen kommunaler Unternehmen in den eigenen Kraftwerkspark stagnieren, und das bereits drei Jahre infolge. Insgesamt sind die Investitionen von 2011 bis 2015 um 43 Prozent zurückgegangen.

Deshalb braucht es für eine erfolgreiche Energiewende ein marktbasierendes System, das flexibel genug ist, um die fluktuierende Stromproduktion aus Erneuerbaren jederzeit abzusichern. Das ist eine klare Forderung des VKU an die nächste Bundesregierung.

Stichwort Wärmewende: Mit 21.000 km Fernwärmenetze halten kommunale Unternehmen den Schlüssel zur Wärmewende in der Hand.

Der Wärmesektor ist immerhin für fast die Hälfte der energiebedingten CO₂-Emissionen verantwortlich. Trotz großer Potenziale im Bereich Effizienz und erneuerbare Energien hat die Wärmewende in den letzten Jahren kaum Fortschritte gemacht.

Im Jahr 2016 hatten die erneuerbaren Energien in Deutschland einen Anteil von etwa 13 Prozent an der gesamten Wärmeversorgung im Gegensatz zu fast 32 Prozent an der Stromversorgung.

Das liegt sicher auch darin begründet, dass die Energiewende im Wärmesektor wesentlich schwieriger umsetzbar ist, als im Strommarkt. Denn der Wärmesektor ist in Bezug auf Technologien, Akteure und Marktstrukturen deutlich heterogener als der Stromsektor. Vielleicht setzt deshalb die Politik so stark auf den Stromsektor?

Ein moderner Kessel ist besser als ein alter Kessel, eine Gastherme ist besser als eine Ölheizung. Insgesamt fordern wir aber, dass die Politik nicht nur auf das einzelne Gebäude schaut, sondern Quartiere in den Blick nimmt. Das sollte auch bei der Energieeinsparverordnung (EnEV) umgesetzt

werden. Die Novellierung wird Aufgabe der nächsten Bundesregierung sein.

Die Stichworte Erdgas und Energiespeicher habe ich gerade genannt, das geht gut zusammen: Das Erdgasnetz ist mit einer Gesamtlänge von 519.000 km ein riesiger Speicher. Deshalb treten wir für eine langfristige Rolle von Erdgas im Wärmemarkt ein. Es gilt: Wer die Energiewende wirklich will, muss Erdgas im Energiemix halten.

Das bringt mich zum Thema Verteilnetze insgesamt, die als Puzzlestück für das Gesamtsystem viel zu oft benachteiligt werden. Die Politik geht derzeit sogar so weit zu versuchen, die Energiepreise über die Regulierung in den Griff zu bekommen – ein Irrweg: Die Verteilnetzbetreiber managen vor Ort komplexe Flexibilitätssysteme. Über 1,6 Millionen Verteilnetzkilometer, davon 770.000 km in kommunaler Hand stehen 36.000 km Übertragungsnetze gegenüber. Warum wird dann aktuell vorrangig über die Übertragungsnetze diskutiert?

Sehr deutlich möchte ich sagen, dass wir uns nicht gegen einen Ausbau der Übertragungsnetze aussprechen – im Ge-

genteil. Der dezentrale Charakter der Energiewende macht es aber immer weiter notwendig, dass die Systeme vor Ort optimiert werden und die Energie nicht über die Stromautobahnen abtransportiert werden muss.

Die Verteilnetze sind das Nervensystem der Energiewende, sie sind deutsche Schlüsselinfrastruktur. Intelligente Verteilnetzcluster steuern Erzeugung und Verbrauch vor Ort effizient aus. Das ist zukünftig notwendiger denn je, denn auf dieser Netzebene werden bis 2030 rund 140 Gigawatt erneuerbare Energien angeschlossen. Auf der Ebene der Übertragungsnetze sind es lediglich 17 Gigawatt.

Ein kommunaler Netzbetreiber sagte mir,¹ dass die Stabilität der Netze schon immer einem Eierlauf auf einem Kindergeburtstag glich. Gefragt waren ein ruhiges Händchen und viel Erfahrung. Dann blieb das Ei auf dem Löffel. Heute jedoch haben die Netzbetreiber immer noch den Löffel und das Ei, allerdings müssen sie das Ei auf der anderen Seite des Löffels balancieren. Das kann nicht gut gehen.

¹ Stadtwerke Erfurt.

Wir dürfen deshalb die neue Welt nicht durch die alte Brille betrachten: Wir wollen daher über eine neue Qualität der Zusammenarbeit zwischen Verteilnetzbetreibern sprechen und lassen die Potenziale derzeit in einer Studie untersuchen.

Fest steht: Ein „zu klein“ wird es nicht mehr geben, denn Verteilnetzbetreiber können bei geeigneten Aufgaben kooperieren und damit weiterhin die Verantwortung in ihren Netzgebieten übernehmen.

Das schafft Effizienz, denn die Verteilnetzbetreiber vor Ort kennen die Erzeuger und Verbraucher und damit die Potenziale einer effizienten Ausregelung am besten. Eine Steuerung kann nicht aus Bayreuth, Berlin, Dortmund oder Stuttgart übernommen werden.

Hier schaffen wir auch die Verbindung zum Verkehrsbereich: Der Verkehrssektor besteht zwar aus mehr als nur aus dem Personenverkehr, doch macht z.B. allein der Anteil des Autos bei den zurückgelegten Kilometern im Personenverkehr mehr als 80 Prozent aus.

Im Mittelpunkt aller politischen Maßnahmen sollte der Bürger und im Mittelpunkt Ihrer Investitionsentscheidungen muss der Kunde stehen. Wir müssen ihn und seine Bedürfnisse ernst nehmen.

Ein ÜNB kann schon deshalb nicht entscheiden, wo geeignete Stellen für Elektroladesäulen sind und wie man die einzelnen Ladevorgänge so intelligent steuert, dass der Verbraucher nichts davon merkt, die Netzstabilität aber davon profitiert.

Kommunale Unternehmen leisten im Bereich der Ladeinfrastruktur für Elektroautos einen wesentlichen Beitrag für eine klimafreundliche Mobilität: Mehr als zwei Drittel (67,1 Prozent) der kommunalen Unternehmen sind im Bereich der Elektromobilität aktiv. Sie sind zu 70 Prozent für Aufbau und Betrieb von Ladeinfrastruktur zuständig. Etwa die Hälfte der VKU-Mitglieder hat bereits eigene Elektrofahrzeuge angeschafft oder plant dies in den nächsten Jahren. Derzeit gibt es in Deutschland aber auch über 800 Erdgastankstellen, die überwiegend von kommunalen Unternehmen betrieben werden.

Die Potenziale für die Treibhausgasneutralität liegen uns also klar vor Augen, ich möchte das kurz noch einmal vor Augen rufen: Wärmemarkt, Flexibilitäten, intelligente Verteilnetze und Verkehrsbereich. Für die erstgenannten entwickelt der VKU konkrete Konzepte, deshalb fordern wir:

Treibhausgasneutralität braucht ein Konzept, einen Masterplan!

Den kommunalen Unternehmen und dem VKU schon immer wichtig, Dinge ganzheitlich zu betrachten – das liegt in unserer Natur. Deshalb hatten wir auch frühzeitig unser dezentrales Strommarktdesign in die Diskussion eingebracht. Denn Kommunale Unternehmen sind regional vor Ort verankert und in der Regel nicht nur in der Stromversorgung aktiv.

Sie sind vielmehr Systemmanager und verbinden von je her die Sektoren. Ob Strom und Wärme, aber auch Abfall und Wasser – sie setzen intelligente Ver- und Entsorgungskonzepte und damit Klimaschutz um.

Mit seinem integrierten Energiemarktdesign hat der VKU vor einigen Jahren einen Vorschlag für ein Konzept zum Ener-

giemarkt gemacht. Mit dem Ausschreibungsmodell für Erneuerbare Energien waren wir erfolgreich. Die Ausschreibungen für Photovoltaik-Freiflächenanlagen laufen bereits, dieses Jahr folgt Wind.

Der zweite Vorschlag, einen dezentralen Leistungsmarkt für gesicherte Leistung und Flexibilität einzuführen, muss wieder aufgegriffen werden – dafür setzen wir uns ein.

Deshalb: Wir fordern auch für die Treibhausgasneutralität von Wirtschaft und Gesellschaft ein übergreifendes Konzept!

Die Regierungskoalition hatte mit dem Koalitionsvertrag 2013 vereinbart, Bedingungen zu schaffen, damit die Treibhausgasemissionen bis 2050 um 80 bis 95 Prozent gegenüber 1990 verringert werden können. Allerdings kann das globale 2-Grad-Ziel nach Auffassung zahlreicher Experten nur noch mit ambitionierten Reduktionszielen erreicht werden.

Wir können dem Klimawandel nur wirksam entgegentreten, wenn sich alle Bereiche der Wirtschaft dieser Aufgabe annehmen - Sektorkopplung ist das Stichwort.

Ein erster Schritt zu einem sektorübergreifenden Konzept war der Klimaschutzplan 2050. Der Klimaschutzplan 2050 sollte ein Leitbild entwickeln und Grundlage für eine Strategie bilden. Diesem Anspruch wird er leider nicht gerecht. Wir brauchen jedoch sichere und verlässliche Rahmenbedingungen. Nur sichere und verlässliche Rahmenbedingungen setzen Investitionsanreize für die Energiewirtschaft, den Verkehr und für die Industrie.

Investitionen im Energiebereich sind auf 20, 30 oder sogar 40 Jahre ausgelegt. Investoren müssen sich deshalb darauf verlassen können, dass die Politik auf dem eingeschlagenen Kurs in Richtung Treibhausgasneutralität bleibt und nicht bei ein bisschen Gegenwind Entscheidungen trifft, die zu stranded investments führen.

Klimaschutz und Energiewende sind eine Chance, Deutschland und Europa wirtschaftlich zu stärken. Gleichzeitig haben Klimaschutz, die Energiewende und die dafür erforderlichen Investitionen einen Preis, der für die gesamte Volkswirtschaft transparent werden muss.

Die Verteilungseffekte sind signifikant. Insofern muss ein Konzept die Frage beantworten, wie die Treibhausgasneutralität finanziert wird. Denn eine faire Lastenverteilung erhöht die Akzeptanz für die Energiewende.

Was bedeutet Treibhausgasneutralität für uns?

Zunehmender Einsatz von erneuerbarer Energien ist ein Prozess, mit dem das Ziel der Treibhausgasneutralität erreicht werden kann.

Das zentrale Instrument, um diesen Prozess voranzubringen, ist und bleibt der Emissionshandel, also die europäische Perspektive. Aber wir stehen vor einem Problem: Er hat seine Lenkungswirkung verloren. Und die Reformen wirken bestenfalls mittel- und langfristig und auch nur dann, wenn alle europäischen Partner daran mitwirken.

Wir müssen handeln: Der VKU steht deshalb für eine vorausschauende, effiziente Investitionspolitik, die schon heute die Weichen richtig stellt. Die Politik muss zeitnah die Rahmenbedingungen dafür setzen.

Die politischen Willenserklärungen und die tatsächlichen Maßnahmen und Preisentwicklungen im Europäischen Emissionshandel senden unterschiedliche Signale aus. So kann niemand investieren. Das Investitionsrisiko ist einfach zu groß.

Eine der Hauptaufgaben der Klima- und Energiepolitik der nächsten Bundesregierung ist es, diese Diskrepanz zu überwinden.

Kommunale Unternehmen als Steuermann

Die Unternehmen der Energiewirtschaft – also Sie – sind sich als bedeutender Emissionsverursacher Ihrer Verantwortung für die Klimaziele bewusst und nehmen die Herausforderungen an.

Über 60 Prozent der Investitionen in Erzeugungskapazitäten gehen in KWK und Erneuerbare Energien. Sie errichten Windparks und leisten Ihren Beitrag für die Akzeptanz der Energiewende, indem Sie Bürger in Ihre Projekte einbeziehen. Sie haben in flexible klimafreundliche Gaskraftwerke investiert. Und Ihre KWK-Anlagen sparen somit jährlich 56 Mio. t CO₂.

Das energiepolitische Zieldreieck aus Versorgungssicherheit, Kosteneffizienz und Umweltverträglichkeit war, ist und bleibt der Maßstab für Ihre Konzepte zur Energieversorgung der Zukunft.

Das Energiesystem der Zukunft wird eine steigende Zahl von Marktakteuren prägen. Wir sehen es: Private Haushalte sind nicht mehr länger nur Konsumenten, sondern zunehmend Produzenten. Wohnungsbaugesellschaften bauen Photovoltaikanlagen auf ihre Häuser und bieten ihren Mietern den dort produzierten Strom an.

Die Industrie versorgt sich mit eigenen Kraftwerken und wird mit Lastmanagement zum energiewirtschaftlichen Akteur. Und nicht zuletzt bieten globale Marktriesen wie Google und Co. Smart Home Lösungen an und rütteln den Markt auf.

Gleichzeitig sehnen sich die Kunden nach weniger Komplexität. Sie müssen in jedem Lebensbereich unzählige Entscheidungen treffen. Wie schön ist es da, wenn ein vertrauenswürdigen Unternehmen vor Ort Rund-um-Sorglos-Pakete anbietet? Deutschland, der Klimaschutz und die Energiewirt-

schaft brauchen starke kommunale und kommunalwirtschaftliche Akteure, die dezentral verankert sind.

Und letztlich ist der Klimaschutz eine globale Aufgabe, die die Kommunen und die kommunalen Unternehmen lokal vor Ort umsetzen.

Global gedacht, lokal gemacht: Das setzt enercity mit seinem Klimaschutzfonds proKlima um.² Ich möchte Frau Dr. Zapreva nichts vorweg nehmen, aber an dieser Stelle ausdrücklich würdigen, dass die enercity nicht nur als Unternehmen selbst auf Klimaschutz setzt, sondern auch alles dafür gibt, die beste Lösung für ihre Kunden zu erzielen: Beratung, Fördermittel und viele Projekt in und um Hannover für mehr Energieeffizienz.

Das zeigt: Kommunale Unternehmen können der Steuer-
mann der Energiewende vor Ort sein!

² Der im Juni 1998 gegründete Klimaschutzfonds proKlima ist bis heute europaweit einzigartig. Finanziert wird proKlima von den Städten Hannover, Hemmingen, Laatzen, Langenhagen, Ronnenberg und Seelze (zusammen das proKlima-Fördergebiet) sowie der Stadtwerke Hannover AG (enercity). enercity trägt den Großteil des jährlichen Fondsvolumens von aktuell rund 4,4 Millionen Euro. Die Vergabe des Geldes erfolgt nach festgelegten Kriterien: Die CO₂-Effizienz, die absolute CO₂-Reduzierung, die Multiplikatorwirkung und der Innovationsgrad der Maßnahmen sind dabei ausschlaggebend. Mit Know-how und Zuschüssen unterstützt der enercity-Fonds proKlima vor allem die Einsparung von Heizenergie und Strom.

Denn Kommunale Unternehmen sind der natürliche Kooperationspartner und Energiedienstleister insbesondere für mittelständische Unternehmen sowie Bürgerinnen und Bürger.

Zusammen mit Unternehmen der Region entwickeln kommunale Unternehmen Konzepte, Prozesswärme zu nutzen, um das Fernwärmenetz klimafreundlicher zu betreiben. Zusammen mit Bürgerinnen und Bürgern bauen kommunale Unternehmen erfolgreich Wind- und Solarparks.

Dabei werden sie über die Sektorengrenzen hinaus tätig. Wasser-, Abwasser, Abfall und Verkehr – im Querverbund setzen kommunale Unternehmen intelligente Ver- und Entsorgungskonzepte um und senken damit Treibhausgasemissionen.

So können Müllheizkraftwerke und Abwärme aus Klärwerken dazu beitragen, die Treibhausgasemissionen in der Wärmeversorgung zu senken. Gleiches kann man auch aus industrieller Abwärme umsetzen, damit werden auch Branchen und Sektoren unterstützt.

Beispiel Stadtwerke am See: In Friedrichshafen entsteht ein Modellprojekt für ökologische Wärmeversorgung durch die Abwärme, die bei der Industrieproduktion entsteht. Das Stadtwerk am See ist zentraler Dienstleister für beide Seiten. Es kauft die Wärme von der Industrie und liefert sie an die Wohnungen und das benachbarte Obdachlosenheim weiter. Dazu hat das Stadtwerk am See ein Nahwärmenetz aufgebaut. Die Stadtwerk-Techniker kümmern sich um dieses 1.200 Meter lange Netz und die Wärmeeinspeisung.

Beispiel ENTEKA: Die Darmstädter haben in den letzten Jahren über 10.000 PV-Anlagen neu angeschlossen, Tendenz steigend, mehrere Windparks, die meisten davon mit Bürgerbeteiligung, Mikro-KWK-Anlagen, Wärmepumpen, und zunehmend auch Stromspeicher ins Netz genommen.

Beispiel energycity: Ganz aktuell wurde mit der Aurubis AG über die Lieferung von CO₂-freier Abwärme für die östliche Hafencity vereinbart³. Damit wird industrielle Abwärme zur

³ In dem Vertrag vereinbaren die Partner, industrielle Abwärme aus dem Hamburger Aurubis-Werk für die energieeffiziente Fernwärmeversorgung der östlichen Hafencity zu nutzen. Hierzu koppelt Aurubis Wärme aus, die während der Umwandlung von Schwefeldioxid – ein Nebenprodukt, das bei der Kupferschmelze anfällt – zu Schwefelsäure entsteht. Diese industrielle Abwärme ist nahezu frei von CO₂, so dass durch ihre Nutzung ein Ausstoß von mehr als 20.000 Tonnen CO₂ im Jahr vermieden wird. Rund die Hälfte davon entsteht durch die Verdrängung von Erdgas-

nachhaltigen und klimaschonenden Wärmeversorgung in Hamburg beitragen.

Im Sektor Verkehr leisten sie ihren Beitrag, in dem sie intelligente Konzepte für den Ausbau von Ladesäulen in Ihrer Region entwerfen:

Beispiel Stromnetz Hamburg: Die Hanseaten wollen Hamburg als Lastsenke für EE-Strom aus dem Umland nutzen und kooperiert mit Verteilnetzbetreibern aus der Region, sie sind Partner im SINTEG-Projekt NEW 4.0 und bauen aktuell 600 Ladesäulen für Elektroautos im Stadtgebiet auf.

Beispiel Kieler Stadtwerke: Kommunale Unternehmen rüsten auch den eigenen Fuhrpark mit Elektrofahrzeugen um. 15 neue E-Fahrzeuge für den Fuhrpark der Kieler Stadtwerke. Zudem baut das Unternehmen die öffentliche Ladeinfrastruktur weiter aus.

Darüber hinaus unterstützen kommunale Unternehmen als einer der größten Mobilitätsanbieter dabei, den Individual-

Nutzung zur Dampferzeugung auf dem Aurubis-Werksgelände, die andere Hälfte kann durch die Lieferung der Abwärme an enercity vermieden werden.

verkehr zu reduzieren, indem sie ihre Angebote im öffentlichen Nahverkehr in Stadt und Land weiter auszubauen.

Dies ist nur ein kurzer Überblick über die Themen und Aspekte, die uns als Verband und unsere Mitgliedsunternehmen bei der Frage Treibhausgasneutralität und Klimaschutz beschäftigen.

Im nächsten Block werden Sie mit zahlreichen Experten diskutieren, wie Verkehr, Industrie und natürlich die Energiewirtschaft diesen Herausforderungen begegnen.

Am Ende der Veranstaltung, da bin ich mir sicher, werden wir nicht mehr völlig im „Nebel navigieren“, sondern konnten den Nebel gemeinsam ein wenig lichten.

Ich freue mich daher, das Wort jetzt an eine großartige Steuerfrau der Energiewirtschaft übergeben zu können:

Liebe Frau Dr. Zapreva, ich bin gespannt, auf Ihren Vortrag und die weiteren Projekte, die Sie im Unternehmen und für die Region anstoßen, wie Sie Ihr kommunales Energieunternehmen fit für die Zukunft machen.

In diesem Sinne möchte ich auf meine Anfangsworte zurück-
kommen: Tauschen Sie sich aus, bringen Sie Licht ins Dunkel!
Ich wünsche uns interessante zwei Tage mit spannenden
Diskussionen und danke für Ihre Aufmerksamkeit!